

Oesterreichischer Reichsrat.

Der zweite Tag der politischen Debatte.

Wien, 3. Oktober.

Der erste Redner in der Debatte über die Regierungs-erklärung und die Friedensanträge war heute Abgeordneter Daszynski. Sein Name steht als erster auf dem von allen politischen Fraktionen eingebrachten Antrag, der die Wiederherstellung des unabhängigen, aus sämtlichen politischen Teilen zusammengesetzten polnischen Staates mit eigener Verfassung und mit Einfluß der vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete, insbesondere Schlesiens, verlangt, sich dagegen verwahrt, daß die polnische Frage als eine innerpolitische Angelegenheit irgendeiner der Teilmächte behandelt werde und die Lösung der polnischen Frage auf dem W.riedens-Longresse unter Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes fordert. Heute begann er mit einer Verteidigung des Abgeordneten Staneck, und diese Stellungnahme gab auch seinen weiteren Ausführungen das Gepräge. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede den polnischen Besetzungen das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Über alles vergeblich, Abgeordneter Daszynski will keinen Dank und keine Anerkennung für den Staat, ebenso wie er vergessen hat, vor Warschau befreit hat. Er sagt, daß die Herzen aller unterjochten Völker in diesem Momente höher schlugen, aber der fürchterliche Druck zur Gerechtigkeit, von dem er spricht, hört sofort auf, wenn die Ukraine in Frage kommen. Diesen mutet er dasselbe zu, wie die Czechen den Deutschen. Erst den selbständigen Staat errichten, dann werde man die Gerechtigkeit üben, die bisher stets verteidigt wurde. Abgeordneter Kerner besprach die vierzehn Punkte in der Note Wilsons und vertrat die Ansicht, daß wir durch die Erfüllung dieser Punkte sofort in die Lage versetzt werden würden, in konkrete Friedensverhandlungen mit Amerika und damit auch mit der ganzen Entente eintreten zu können. Abgeordneter Dr. Adler begründete den Antrag seiner Partei, der sieben Punkte als Grundlage für einen allgemeinen Frieden vorschlägt und verlangt, daß zur Vorbereitung dieses Antrages ein Ausschuß gewählt werde, der innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen dem Abgeordnetenhaus zu berichten hat. Der Redner sagte, man dürfe nicht bloß die Regierung sprechen lassen, auch das Haus müsse erklären, daß die Völker den Frieden wollen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß dem Ausschuß das Minimum der Bedingungen vorgelegt werde. Sie wünschen weiter, eine neue Ordnung Oesterreichs, das Selbstbestimmungsrecht für alle seine Völker, aber sie erwarten, daß diese Völker dann von selbst bereit sein werden, die notwendigen politischen Zusammenhänge wieder herzustellen. Denn nicht durch Zufall seien sie aneinander gebunden, und was immer man mache, man könne nicht voneinander weg. Abgeordneter Lofa bemerkte gegenüber dem Vorredner, daß das Parlament, das aus den Wahlen im Jahre 1911 hervorgegangen ist und in dem heute mehr als fünfzig Mandate unbefestigt sind, nicht berechtigt sei, im Namen der Völker zu sprechen. Er lehnte dann alle Verhandlungen ab, indem er erklärte, daß die Czechen ohne jedes Kompromiß, zu dem Ziele des demokratischen czecho-slowakischen Staates schreiten. Mit den Südslawen und Polen wollen sie die vereinigten Staaten Mitteleuropas bilden und sich mit der Balkan-föderation und mit der russischen Föderation, zu der es bestimmt kommen werde, verbinden. Nach diesem Redner wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Abgeordnetenhaus.

(86. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Debatte über die Regierungs-klärung und Friedensanträge.

Abg. Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) führt, seine Rede fortsetzend, aus: Unter dem Eindruck der ersten Nachrichten aus Bulgarien hat man vom Separatfrieden gesprochen, aber dann, als man noch hoffen konnte, daß Herr Malinow in seinem Volke vereinzelt dastehet, als der König nach Wien und nach Berlin über keine Bundesstreue telegraphierte, klang der Text anders, da hat man uns erklärt, es ist vorgeschlagen für die Verbindung Berlin-Konstantinopel, zum letzten Mohikaner des Vierbundes, zum Sultan am Goldenen Horn. Ihr Wille zum Frieden wird erst dann in Erwägung gezogen, wenn Sie im wörtlichen Sinne des Wortes dazu gezwungen sein werden. Es geht ein großer republikanisch-freieitlicher Zug durch die Welt, republikanisch gegen die Willkür der Herrschenden, mögen sie sich auch von Gottes Gnade nennen. Die Welt will anders werden, so wie sie zu werden bisher verhindert wurde. Die Bewegung, die jetzt beginnt, endet gewiß nicht mit dem Friedensschluß. Zum ruhigen Schlaf wird es lange, lange Jahre keine Möglichkeit geben. Nun, wir befinden uns mitten drin im Fluße aller weltbewegenden Fragen. Nicht nur die Vorrechte der Geburt, des Titels und des Amtes kommen ins Wanken, es werden auch andere Vorrechte, die das Großbürgertum in der Welt so vorwiegend wichtig machten, ins Wanken geraten. Der Militarismus erwies sich als zu schwach, um diesem fürchterlichen geschichtlichen Drama zur Gerechtigkeit, zur Vernunft zu widerstehen. Im amerikanischen und englischen Militarismus leben wir in gar keinem Maße etwas dasselbe, was wir im preussischen Militarismus sehen, der den Korporalgeist in Massen erzeugt, und aus jedem preussischen Unteroffizier die Stütze für Thron und Altar macht, der die Arbeiterbewegung unmöglich machte, den Geist des Mittelalters aber, wenn man will, des aufgeklärten Despotismus noch als lebensfähig darstellt und durch seine Existenz der Freiheit des eigenen Volkes vor allem ist.

Können wir als Völker, die einen Frieden anstreben, zugleich mit der deutschen Sozialdemokratie, die unter den Deutschen auch den Frieden anstrebt, in diesen anderen Friedensbedingungen auf Distanz treten rechnen? In welchem Sinne ist Berlin unter Verbündeter? Es ist nicht unter Verbündeter, es ist eher verbündeter, einer Herrscher über zur Bedrückung und Beherrschung der Völker. Und Ihre Entschlossenheit ist bei uns nur ein Gefühl des Adersichens aus. Ich nehme an mich und auf alle Parteien meines Volkes den Vorwurf, daß wir in diesen Krieg eingetreten sind. Wir haben es getan am offenen Tage, im Lichte der Sonne. Diese Bewegung hat ihre eigene Spitze gehabt gegen den Zarismus, gegen die Knechtschaft. Ja, wir sind mit den Völkern in der Hand in den Trübel hineingezogen an der Seite Oesterreich-Ungarns, in dem Glauben, daß dieses Oesterreich-Ungarn dieses edelste persönliche Blut achen und schämen werde müssen. Und was ist daraus geworden? Kleinliche Schikanen auf Schikanen, Erniedrigung, Mühe und Verurteilung. Ein Beispiel für die Völker in die ganze Zukunft hinein. Oesterreich nicht zu trauen, auf Oesterreich nicht zu bauen. (Beifall bei den polnischen Sozialdemokraten und Czechen.) Redner erinnert an die Verhaftung des Generals Riksdalski, den man geschwädigt unter seinem Volke gefangen genommen habe, und an den Prozeß von Marimow.

Saget, wohin die Legionäre geschleppt und monatelang drangsalieren wurden, bis das Schauspiel so widerwärtig war, daß der Kaiser sich gezwungen gesehen habe, dieser Komödie ein Ende zu setzen. Redner verweist auf den West-Broszter Frieden, in dem man Polen keine Kohlengebiete nehmen wollte, wie man Holz, Eisen, Steine, Wolle, Maschinen etc. nach Deutschland verschleppt, siebenhunderttausend Arbeiter wie Zwangsgenossen nach Deutschland gebracht habe. So wollte man ein Volk von 25 Millionen Menschen, ein Naturvolk trakt wie ein Vieh, behandeln und glaubt, daß dieses Volk, welches im Jahre 1914 gegen den Zarismus zu Felde zog, sich das ruhig gefallen lassen wird. Will man, daß die Polen ruhig den Plänen unter den preussischen Fuß beugen? Man beglücke die Polen nicht mit einem König, der 24 Stunden nach dem Verlassen des Landes durch die Preußen sein Gehirp paden und sich nicht mit der Eisenbahn, weil dies zu gefährlich wäre, sondern vielleicht in einem Aeroplan nach Deutschland retten möchte. Glaubt man, daß das, was man mit Sitruen und in der Ukraine tut, sich auch die Polen gefallen lassen werden? All dieser Auszug des monarchistischen preussischen Gedankens werde mit dem Momente verschwinden, in welchem die Deutschen gezwungen sein werden, das Land zu verlassen — und Redner hoffe, daß sie gezwungen werden. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den polnischen Sozialdemokraten.) Es gebe auch unter den Polen Schwächlinge, die diesen Staat als das erste Anbot der eigenen Staatsbürgerschaft annehmen und sich ihm beifällig zeigen wollten. Aber all diese Weichen, auch die Konservativen im Bolsenkloß, wagen nicht, sich mit den deutschen Vertretern an den Konferenzen zu setzen. Die Deutschen regieren genau so in Polen, wie der Zar in Warschau regierte. Deutschland stehe wirtschaftlich und industriell unmittelbar nach dem Kriege vor einer tiefen Krise, wenn nicht vor dem Ruin. Nun habe es sich trauhaft an den Osten. Man sag, von den beiden Wächtern sei Deutschland die härtere, aber jenen feigt die Polen Oesterreichs. Was sollen die Polen von Oesterreich hinübernehmen?

Abg. Dr. Duniewski: Wieviel Disziplin?

Abg. Daszynski: Die Polen haben nicht das Verlangen, ihre Frage innerpolitisch hier gelöst zu sehen. Es sei der größte Erfolg, daß sich gestern drei Parteien des Bolsenkloßes dazu entschlossen, der ganzen Welt zu sagen, daß sie eine einseitige Einführung der Polenfrage ablehnen und dagegen protestieren, als wäre diese Frage eine innerreichliche, preussische oder russische Frage. (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen.) Mit Ausnahme der Konservativen haben alle Polen einvernehmlich erklärt, daß sie ihr nationales Recht für alle Teile Polens, für alle drei polnischen Gebiete als ein Ganzes, Unabhängigkeit reklamieren, und daß die Vereinigung zur Unabhängigkeit auf dem Wege des internationalen Rechtes, des internationalen Weltfriedenskonferenzen ausgesprochen werden müsse. (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen.) Wenn die russische Demokratie der polnischen Demokratie Glauben schenkt, dann ist das Eis gebrochen und wir werden uns brüderlich teilen in dem Lande, in dem beide Völker leben. Deshalb verwerfe ich Redner dagegen, als Republikaner zu gelten. Er verweise auf die politische Minderheit seines Antrages, die darin liege, daß damit die auto-polnische Lösung verurteilt wird und daß die Polen ihr Streben auf ein geeinigtes und unabhängiges Polen richten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Wenn die Völker einig sind, dann hat die letzte Stunde der Herrschenden geschlagen, dann wird die Menschheit vorwärts und immer vorwärts gehen. (Lebhafte Beifall und Händelassen bei den polnischen Sozialdemokraten und Czechen. Redner wird beifällig begrüßt.)

Abg. Kerner (Wiener freisinnige Partei) befragt es, daß in dem Augenblicke, in dem Friedensmöglichkeiten winkten, im Abgeordnetenhaus nur Klagen, Vorwürfe, gegenseitige Beschimpfungen und kindische Nebensachen von Seiten der Regierung vernommen werden. Die Regierung hätte zu sagen, wie wir zum Frieden gelangen. Wenn man den Frieden will, muß man sich der Logik der Tatsachen fügen. Und wenn Herr Burian hinter geschlossenen Türen über den Frieden verhandelt, muß er sich auch den Bedingungen fügen, welche die andere Partei für den Beginn der Verhandlungen aufstellt. Die Antwort Amerikas auf die Note des Grafen Kurian ist eine Antwort, die den Frieden diktiert, sie stellt nur die Bedingungen auf, unter welchen Amerika in die Beratung über den Frieden eingehen will. Redner unterzieht sodann die vierzehn Punkte Wilsons einer eingehenden Besprechung. Er hebt hervor, daß schon vor dreizehn Jahren die damals berühmte Persönlichkeit, Graf Czernin, konstatierte, daß über diese vierzehn Punkte grundsätzliche Differenzen zwischen Amerika und Oesterreich nicht beständen, und daß sie distanzlos und akzeptabel seien. Der wichtigste unter den vierzehn Punkten ist für Oesterreich der zehnte Punkt: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen Europas wir gewahrt und geschützt wissen wollen, sollte in der passendsten Form und Gelegenheit eine autonome Entwicklung beschieden werden. Das sei weit entfernt von der Forderung nach der Auflösung Oesterreichs, die man immer als eine der Hauptforderungen Wilsons hinstelle. Was in diesen Punkten verlangt wird, ist nicht als österreichische Maximalprogramm, sondern der letzte Adrenthier unserer staatlichen Diskussionen. Nun auf einmal soll es aber ein Hindernis für den Frieden sein? Durch die Erfüllung der vierzehn Punkte Wilsons würden wir in die Lage versetzt werden, sofort in andere Friedensverhandlungen mit Amerika und so mit der ganzen Entente eintreten zu können. Warum sollen wir nicht einfach erklären, daß wir gar nicht die Absicht haben, über die vierzehn Punkte erst zu sprechen, da wir alles, was Wilson fordert, aus dem weitestgehenden Interesse Oesterreichs für uns selbst durchgeführt haben. Wir werden dann gleich in die Diskussion über den Frieden eintreten können. Redner erklärt, er halte sich für verpflichtet, die gestrige Rede des Abgeordneten Staneck für eine große Ungeschicklichkeit zu erklären. Wenn die Czechen glauben, daß sie den politischen Erfolg für sich haben, würde sie dieser Erfolg doppelt versichert, dazu ist die Ungeschicklichkeit der Form und den Übermut im Vorgehen zu stellen. (Zustimmung.) Damit machen sie ihre Sache nicht besser und ist stärker. Daß die Czechen den Regierungen misstrauen, ist begründet angebracht, das fortwährenden Schwankens des Rufes zwischen Heingentrismus und Scheinradikalismus in Oesterreich, und ausichts des Auspielens der Völkerhassen gegeneinander.

Es wird den Deutschen nichts übrig bleiben, als sich ebenfalls verfassungsmäßig zu machen, sie werden sich gleichfalls dazu bekennen müssen, wozu sich zu bekennen alle anderen Völker der Erde für die höchste Ehre, ihren höchsten Stolz begehrt haben, sie werden dazu bekennen müssen, zu verzichten auf eine Herrschaft, von der das deutsche Volk am allerwenigsten einen Nutzen gezogen hat. Die ganze Politik vor dem Kriege und während des Krieges ruht auf die dynastische Frage gestellt. Wir haben nach Griechenland, Bulgarien und Rumänien deutsche Brüngen geschickt und geübt, damit die Völker dieser Länder zu bekommen. Trotz aller jetzt gemachten Erfahrungen sucht man ein geliebtes Fürstentum Sitruen und Ermland, für Polen, für Finnland. Den ganzen Krieg dieses Millionen mordenden Krieges will man auf die ihle einiger dynastischer Familien leiten. Die Deutschen mögen sich, daß sie auch ein freies Volk sind, daß auch sie das Gefühl Selbstbestimmungsrecht haben und sie werden sehen, wie ganz versich die anderen Völker zu ihnen verhalten werden. Das ist von Wien, dieses deutsche, grunddeutsche Volk, ist ein ebenbürtiges, nach Freiheit und Frieden lebendes Volk wie alle anderen. Ich dieses Volk ist an der Grenze seiner Gebirge angelangt, und in auch sein Wille durch die Freiheit oder Verstaatlichung seiner treter verschleiert wird, so wird doch auch für dieses Volk die nder kommen, wo es sich den anderen Völkern an die Seite ein wird mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht. Auch dieses Volk will die Ermöglichung des dens am jeden Preis. Wir haben Bundesstreue geübt, soweit als ich. Wir werden das Bündnis nicht brechen, aber wir müssen und vernehmlich hinausrufen: Auch das wirkliche deutsche i in Oesterreich ist an der Grenze seiner physischen Leistungsfähigkeit angelangt, und wenn ihr uns nicht in eine unmögliche sition versetzen wollt, dann müßt uns nichts Unmögliches zu wenn die verhandeln, brüderlich freien Völker Oesterreichs Frieden für die Welt fordern werden, dann wird der Welt- mit dem Frieden in Oesterreich zugleich gekommen sein. (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen.)

Abg. Dr. Adler (Sozialdemokrat) führt aus, alle Völker sind aufs äußerste ermüdet, heruntergebracht, verhungert und hegen den einzigen Gedanken: Schlaf! Es gehe in solcher Stunde nicht in Politik aus seiner Stimmung heraus machen zu wollen. Dieses Spiel von „himmlisch jauchend und zum Tode betäubt“ sei nicht

der Weg zu einer klaren, ruhigen Politik. Die Sozialdemokraten behielten auch in dem Kriegsjahre einen kühlen Kopf, lassen aber auch jetzt nicht die Flagge auf Halbmast hängen. Es ist keine Kunst, heute recht respektvoll von Oesterreich zu reden. Es widerstrebt mir, gerade in diesem Momente es zu tun. Der Bankrott dieses alten Staates ist eine Tatsache. Gerade in diesem Momente ihm moralische Reden zu halten, ist nicht meine Sache. Die Erbitterung ist begründet, die aus den Reden spricht, aber wir haben die Verpflichtung, in dieser ersten Stunde Bitterkeiten zurückzubringen und zu fragen: Was ist zu tun? Das alte Oesterreich ist verschwunden. Worum es sich aber jetzt in erster Linie handelt, wozu jeder von uns, alle Gegner mit eingeschlossen, sich bekennen muß, das ist: Vor allem ist der Weg zum Frieden zu suchen. Nun ist das natürlich nicht allein eine Frage der äußeren Politik. Denn die äußere Politik ist für Oesterreich innere Politik geworden und die innere ist bis zu einem sehr hohen Grade äußere Politik. Die Dinge sind nicht mehr zu trennen. Oesterreich in seinem heutigen Aufbau kann den Frieden nicht finden. Und selbst, wenn das Kriegsglück noch einmal unschlagen sollte, selbst unter dem Schirm der deutschen Boykotte können wir nicht so weiterleben, wie wir bisher gelebt haben. Wenn wir die Möglichkeit haben wollen, zum Frieden zu gelangen, zu einem Frieden, der mit uns geschlossen wird und für den wir nicht nur das Objekt sind, müssen wir uns in einen verträglich-möglichen Zustand versetzen. Das ist es, was wir mit unserem Antrag beabsichtigen.

Es soll ein Ende gemacht werden. Wie? In Deutschland lehrt die Not beten. Es ist nicht der russischen Revolution wohl das merkwürdigste Ereignis, daß in Deutschland sich heute ein Ministerium gebildet hat unter dem Vorherrschen eines Prinzen, aber mit einem geschäftigen Einfluß von einem halben Duzend Sozialdemokraten. Die deutschen Sozialdemokraten, die das getan haben, bringen damit ein riesiges Opfer. Sie haben sich nicht dazu gedrängt, Minister zu werden, aber sie haben geglaubt, ihre Kräfte bieten zu müssen, um das Steuer umzuwenden, um es im Moment der Not mit in die Hand zu nehmen und zur Vernunft zu reden, und damit zum Frieden zu lenken. Das ist ein deutliches Zeichen für die Demokratisierung Deutschlands. Was brauchen wir nicht etwa mit den hindischen Versuchen zu vergleichen, die man in Oesterreich seit Jahresfrist aber länger gemacht hat, Koalitions-, Konzentrationministerien zu bilden, Ministerien, in denen Leute verschiedener Parteien sitzen, die man eigentlich gar nicht gefragt hat, ob sie das selbe wollen. Sie sollen nur in demselben Ministerium sitzen und dieselben Befehle und Verordnungen unterschreiben. Heber solche Verrücktheit ist man in Deutschland hinaus. Wenn hier mit reichlicher Ueberhebung und Selbstgefälligkeit über Deutschland, über das deutsche Volk und deutsche Politik geredet wurde, so gehört das zu jenen Erzeugnissen, die schließlich in so aufgeregten Zeiten begreiflich sind. Das deutsche Volk braucht sich über derartige Anträge nicht bekümmern, sondern: sie treffen es einfach nicht. Aber die Völker sollten nicht das Recht haben, daß ihre Vertreter den ersten Moment, wo sie hier so frei von der Leber weg reden können, dasz denken, um sie ihrer Unsicherheit zu bethören.

Wie kommen wir zum Frieden? Der Vorschlag des Grafen Burian ist vorläufig abgemieden worden, aber in dieser Abweisung liegt nicht nur die Ablehnung, zu einer Zeit über den Frieden zu reden, wo das Schicksal noch nicht ganz klar gestellt ist, wie die Machtverhältnisse sind, sondern es liegt darin auch ein Urteil über die unpraktischen Methoden, die wir anwenden. Wir hätten wahrlich viel Blut und Geld erspart, wenn die deutsche Regierung klug gewesen wäre, vor zwei Jahren schon ein ernstes, klares Wort über Belgien zu reden. Die Siegfriedensverhandlungen, wenn sie auch nicht große Schichten des Volkes mitgerissen haben, haben uns schwer geschädigt und wir müssen bis heute, und wer weiß, wie lange noch, mit Blut und Hunger büßen, daß man sich eingebildet hat, man kann die ganze Welt aufreizen. Redner fürchte, daß die österreichischen Völker von einem eigenen großen Sieg nicht so viel zu fürchten hätten wie von einem Sieg der anderen (Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten), er fürchte aber auch, daß der Sieg der anderen jenen Völkern Oesterreichs, die so auf ihn bauen, nicht so viele Früchte bringen würde, als sie glauben. (Lebhafte Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Was wir brauchen, ist nicht der Sieg, es ist das Ende des Krieges, der Friede. Der Friede wird Opfer kosten, die aber nicht im Verhältnis stehen zu den Opfern, die alle Völker dieses Staates langst gebracht haben und zu bringen gezwungen sind. Redner erörtert dann den von den Sozialdemokraten im Hause eingebrachten Friedensantrag, für dessen Voraussetzungen jeder Abgeordnete, ohne seine Ueberzeugung zu verweigern, stimmen könne. Auch das deutsche Volk will nicht nur sozial und politisch, sondern auch staatsrechtlich selbst der Schied seines Schicksals sein. Das deutsche Volk hat keinen Vorteil von der Herrschaft über andere Völker gehabt und hat keine Lust, diese Herrschaft fortzuführen. Aber ebenso wenig hat es Lust, sich von anderen Völkern beherrschen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten.) Wenn man das Wort von den großen Slawenreichen von Danzig bis zur Adria hört, so muß man darüber eigentlich lächeln, denn zwischen Danzig und der Adria gibt es auch einige Millionen Deutsche. Wenn die Slawen nicht über sich hinweggehen lassen wollen, die Deutschen sind wenigstens nicht schlechter als die Slawen und auch die deutschen Sozialdemokraten und die gesamte deutsche Arbeiterschaft will nicht über sich hinweggehen lassen.

Was die südslawische Frage betrifft, möge uns Himmels willen nichts geschehen, was in die alte Politik hineinschlagen könnte, die Kroaten gegen die Serben auszuspielen. Den Ungarn und dem Groatien Tisza, diesem magyarischen Krausunter, könnte es passen, die Kroaten gegen die Serben auszuspielen, aber man vergißt, daß auch die Kroaten geübt zu werden anfangen. An der Lösung der südslawischen Frage, an der Ordnung im Süden der Monarchie hängt nicht nur der Friede Oesterreichs, sondern auch der Europas.

Mit Italien werden wir leichteres Spiel haben. Wir hätten es billiger haben können, wenn Italien vernünftiger gewesen wäre. Die Italiener haben blutig dafür gezahlt. Die Polen mögen das ein aus der Erfahrung der Deutschen lernen: Die Ukrainer werden sich mit der Beratung allein, daß sie gut behandelt werden, nicht zufriedengeben. (Nähe: So ist es bei den Ukrainern.) Aber die Ukrainer müssen auch zugeben, daß sie ihrerseits manches Wasser in den Wein schütten müssen. Das eine wissen wir alle: Das, was im Osten geschieht, muß weg. Es war ein Verbrechen, vielleicht ein Verbrechen aus Noth.

Der Antrag der deutschen Sozialdemokraten will dem Parlament die Möglichkeit geben, über die Lebensfragen des Staates seinen Willen auszusprechen und sein eigenes Vollen in die Wirklichkeit zu setzen. Wenn die Völker Oesterreichs mit allen Rechten der Selbstständigkeit und Staatlichkeit konsolidiert sein werden und die Selbstständigkeit als eigenes Recht jedes Volkes festgesetzt sein wird, dann wird auch die Zeit kommen, in der man einsehen wird, daß die Völker neben ihrem eigenen Recht auf Freiheit und Selbstständigkeit auch die Pflicht der Solidarität mit den anderen Völkern haben. (Lebhafte Beifall und Händelassen bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Abg. Lofa (Czechen) führt aus, die mächtige Phalanx des Weltbundes schreite von Sieg zu Sieg und die wirklich Schuldigen sehen nun, daß der Krieg mit einer Katastrophe enden werde, nicht aber mit einer Katastrophe bei den Feinden, sondern in ihren eigenen Ländern. Es näherte sich das Ende, ein schlechtes Ende. Keine Regierung habe heute das Recht, im Namen der Völker zu sprechen. Die unterdrückten Völker sprechen für sich selbst. Das Parlament aber, das aus den Wahlen im Jahre 1911 hervorgegangen ist und in dem heute über 50 Mandate unbefestigt sind, ist am allerwenigsten berechtigt, im Namen der Völker zu sprechen. Das ist ein Koalitionsministerium denjenigen, die vor der Zukunft erschauern, sehr angenehm wäre, ist begründet. Wir wollen unsere czecho-slowakischen Staat. Es ist unfer und unferer südslawischen und polnischen Brüder Sache, als freie Völker untereinander die vereinigten Staaten Mitteleuropas zu bilden, eine Garantie des Friedens und ein Gebilde, das wir euerlich in den Dienst der Menschlichkeit und der wahren Zivilisation stellen. Das endgültige Urteil über das czecho-slowakische Volk und sein Verhalten im Kriege vertrauen wir ruhig der Geschichte an. Die letzten Taten der Regierungen, die geschwädigte Errichtung des Krieges in

Frankenau und die geschwädigte Zweiteilung des Landesverwaltungsmission in Böhmen, haben gezeigt, wie es den Czechen ergehen würde, wenn es die Kriegskonstruktion ermöglicht hätte. Diese Taten haben uns an der empfindlichsten Stelle getroffen, wir werden darüber aber nicht den Kopf sinken lassen, da andere Dinge kommen werden, in die Herrschaften nichts mehr dazuzurechnen haben wird. In den letzten fünf Jahren hat sich der Staat beim czechischen Volke dadurch gebracht, daß die Regierung dem einen Teil der Bevölkerung Nahrungsmittel gibt und die anderen durch Hunger dezimiert. (Zustimmung des Abg. Dr. Schreiner. Lebhaftige Gegenrufe bei den Czechen. Nähe.)

Präsident ersucht wiederholt um Ruhe. (Anderernder Nähe. Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Brunar.)

Präsident fordert den Abg. Brunar auf, die Verhandlung nicht zu führen.

Abg. Lofa: Die Situation ist heute eine derartige und die Einwirkung der Dinge so klar, daß ein weiteres Warten keinen Sinn hat. Sowohl nach unserer wirtschaftlichen als auch militärischen Situation liegt es im Interesse der schwergeprüften Bevölkerung, daß unverzüglich die Liquidierung des Krieges durchgeführt wird. Das heißt Oesterreich-Ungarn und Deutschland nach der bereits erfolgten Kapitulation Bulgariens und im Hinblick auf die täglich zu erwartende Kapitulation der Türkei übrig, als dasselbe zu tun? Man möge man bei uns vielleicht noch immer mit der Möglichkeit einer Revolution in Frankreich, England, Amerika oder Italien? Man rette, was noch zu retten ist und nehme im übrigen die Bedingungen an, die die Demokratie der ganzen Welt festsetzen wird. (Lebhafte Beifall und Händelassen bei den Czechen.) Die Verhandlung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen Freitag, 11 Uhr vormittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Die Beratung der deutschen Parteien.

Wien, 3. Oktober.

Heute hat die angekündigte gemeinsame Besprechung der Vorstände des Verbandes der deutschnationalen Parteien, der Christlichsozialen und des Klubs der deutschen Sozialdemokraten stattgefunden. Die Anregung zu einer solchen Besprechung wurde gestern von deutschnationaler Seite unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede des Abgeordneten Staneck gegeben. Die Offenheit und Rücksichtslosigkeit, mit der die Czechen nimmehr ihre Ententefreundlichkeit zur Schau tragen, die Befolgenschaft, die sie dabei bei den Südslawen finden, der radikale Einfluß, der sich im Polenklub immer bemerkbarer macht, die sich überstürzenden auswärtigen Ereignisse haben den Wunsch nach einem einheitlichen Vorgehen aller deutschen Parteien hervorgerufen. Die Abgeordneten Professor Waldner, Dr. Steinwender und Teufel hatten es unternommen, mit den übrigen deutschen Parteien in Fühlung zu treten. Das Ergebnis der Bemühungen war, daß heute nachmittag die Vorstände der drei großen deutschen Gruppen zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengetreten sind. Von der Einladung eines Vertreters der Wiener freisinnigen Abgeordneten sowie auch des Abgeordneten Teufel, über dessen Initiative und Bemühungen die Besprechung zustande gekommen ist, wurde Abstand genommen, obwohl ursprünglich auch deren Teilnahme geplant war.

Die mehr als zweistündige Besprechung hat das Ergebnis gehabt, daß die Vertreter der Sozialdemokraten eine von ihrem Klub bereits beschlossene Resolution vorlegten, über die nimmehr der Verband der deutschnationalen Parteien und die Christlichsozialenvereinigung intern beraten werden. Die Resolution anerkennt das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen in Oesterreich und fordert dasselbe Recht auch für die Deutschen. Sie anerkennt das Recht der slawischen Nationen, ihre eigenen Staaten zu bilden, lehnt jedoch unter allen Umständen die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese nationalen Staaten ab und verlangt, daß alle deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Oesterreichs und zum Deutschen Reich nach den eigenen Bedürfnissen regeln soll. Die Resolution erklärte sich schließlich bereit, auf dieser Grundlage mit den Vertretern des czechischen und südslawischen Volkes über die Umwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinschaften in Verhandlung zu treten und verwahrt sich dagegen, daß im Falle der Ablehnung dieser Verhandlungen die staatsrechtliche Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich oder eines seiner Teile über seine Köpfe hinweg bestimmt wird. Der Verband der deutschnationalen Parteien und die Christlichsozialenvereinigung werden schon in den nächsten Tagen über diese Resolution beraten. Nach Abschluß dieser Beratungen sollen dann die gemeinsamen Besprechungen fortgesetzt werden.

Die Czechen und die Südslawen sollen Farbe bekennen, ob sie wirklich nur ihr nationales Selbstbestimmungsrecht beanspruchen, oder ob sie mit Hilfe der Friedenskonferenz an eine Staatenbildung denken, in der andere Nationen, in erster Linie die Deutschöslawen, untergehen sollen. Die gestrige Diskussion im Leitungsausschuß über den Antrag Teufel ergab divergierende Meinungen. Es ist daher voranzusetzen, daß auch die heute vorgelegte sozialdemokratische Resolution im Verbands der deutschnationalen Parteien auf Meinungsverschiedenheiten stoßen wird. Eine besonders heftige Opposition gegen diesen Antrag geht von der Deutschradikalen Vereinigung aus. In der Christlichsozialen Vereinigung scheint die Stimmung für die Resolution nicht ungünstig zu sein.

Das Ergebnis der gemeinsamen Besprechungen der deutschen Parteivorstände wurde in den Abendstunden im Abgeordnetenhaus bekannt. Der Eindruck, insbesondere auf die Czechen, war sichtlich groß. Abgeordneter Staneck wurde von mehreren Seiten befragt, wie sich die Czechen im Falle der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber den Deutschöslawen verhalten würden. Abgeordneter Staneck reklamierte, wie bereits in seiner Rede, die Deutschöslawen für den czechischen Staat. Auf Grund von Äußerungen slawischer Parteiführer nach Bekanntwerden der sozialdemokratischen Resolution ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Czechen und Südslawen im Falle der Annahme dieser Resolution durch den Verband der deutschnationalen Parteien und der Christlichsozialenvereinigung in die in der Resolution vorgesehenen Verhandlungen eintreten würden.

Die heutige Sitzung der Verfassungskommission des Herrenhauses gab den deutschen Abgeordneten auch Gelegenheit, mit Mitgliedern dieser Gruppe in Fühlung zu treten. Auf deutschnationaler Seite besteht der Wunsch, daß bei den bevorstehenden Beschlüssen des Verbandes über die für die Zukunft der Deutschen in Oesterreich so bedeutungsvolle Frage